

## **Antrag**

**der Abgeordneten Detlef Ehlebracht, Prof. Dr. Jörn Kruse, Dr. Alexander Wolf, Dirk Nockemann, Andrea Oelschläger, Peter Lorkowski und Harald Feineis (AfD)**

**Betr.: Geplante A26 (Hafenquerspange) in den ÖPNV integrieren: Schaffung einer zusätzlichen S-Bahn-Station in Bostelbek mit direkt angeschlossener P+R-Großanlage**

Zur Bewältigung der künftigen Verkehrsmengen der „wachsenden Stadt“ wird vom rot-grünen Senat bisher aus ideologischen Gründen vor allem auf eine Ausweitung des Radverkehrs gesetzt. Gleichzeitig wird allerdings angestrebt, im Rahmen der geplanten Ausrichtung des ITS-Weltkongresses an der Entwicklung und Erprobung von Zukunftstechnologien mitzuwirken. Dabei wird es bei den prognostizierten Steigerungsraten auf dem Mobilitätssektor aus verkehrsplanerischer Sicht vor allem darauf ankommen, die bestehenden Verkehrssysteme in ihrer Gesamtheit funktionsfähig zu erhalten, denn alle Komponenten haben innerhalb des Modal Split ihre unverzichtbare Bedeutung. Da das bestehende Straßennetz in der inneren Stadt allerdings Zuwächse nicht mehr verkraften kann, müssen die Zuwächse vorrangig durch den ÖPNV abgedeckt werden.

Zur Entlastung des Siedlungsdrucks in der Stadt ist es aus der Sicht der AfD weiterhin unverzichtbar, einen Teil des notwendigen Wohnungsbaus auch in den angrenzenden Randgemeinden der Metropolregion zu verlagern und gleichzeitig das bestehende Verkehrssystem so zu ertüchtigen, das es den zusätzlichen Verkehr auch verkraftet. Nur so können letztendlich Grünflächen in der Stadt erhalten werden und der Zustand einer Dauerbaustelle durch die ständige städtebauliche Verdichtung abgemildert werden.

Einen wichtigen Bestandteil zur Sicherung attraktiver Verkehrsverbindungen mit dem Umland wird daher künftig vor allem der P+R-Verkehr darstellen. Doch leider entfaltet der Senat hinsichtlich des Ausbaus und vor allem der ITS-gerechten Weiterentwicklung des P+R-Verkehrs kaum Aktivitäten, insbesondere wird das 2014 beschlossene P+R-Konzept nicht umgesetzt – im Gegenteil entwickelt sich die Anzahl bereitgestellter P+R-Plätze rückläufig. Darüber hinaus mangelt es bisher an einer integrierten Verkehrsplanung, die die Chancen der Verknüpfung der einzelnen Verkehrsträger intelligent nutzt.

Eine gute Gelegenheit, diese intelligente Vernetzung voranzutreiben, böte der Neubau der A 26 (Hafenquerspange), die im Abschnitt Bostelbek mit der künftigen Abfahrt Moorburg nur rund 500 m vom Verlauf der S-Bahnlinie 3 entfernt verläuft. An dieser Stelle war bis zum Bau der S 3 die Haltestelle „Tempo-Werk“ vorhanden und insofern könnte ein hier angeordneter Haltepunkt nicht nur dem P+R, sondern auch dem Daimler-Benz-Werk, dem Krankenhaus Mariahilf und den dortigen Anwohnern nutzen. Dies hatten im Übrigen bereits die Verfasser des heute noch rechtsgültigen Flächennutzungsplanes erkannt und eine entsprechende Station samt P+R-Anlage an dieser Stelle aufgenommen. Die S-Bahn benötigt von hier nur etwa 21 Minuten bis zum Hauptbahnhof und könnte somit für alle Autofahrer aus den Richtungen Stade, Bremen und Hannover eine sehr attraktive Alternative zum zügigen Erreichen der Innenstadt darstellen. Damit dieser Zeitvorteil nicht durch lange Umsteigezeiten zunichte gemacht wird, sollte aus unserer Sicht im Sinne der ITS-Strategie ein städtebaulich-

verkehrsplanerischer Wettbewerb zur modellhaften Konzeption einer derartigen Verknüpfung zwischen motorisiertem Individualverkehr und Schienenpersonennahverkehr ausgelobt werden. Dabei müsste gegenüber heutigen P+R-Anlagen allerdings in weit aus höheren Dimensionen (zum Beispiel circa 3.000 Parkplätze) gedacht werden.

**Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft beschließen:**

**Der Senat wird ersucht,**

1. zur Untersuchung einer optimalen Verknüpfung von Kfz.-Verkehr (A26) und S-Bahn (modellhafte P+R-Anlage im Zeitalter der ITS) im Bereich Bostelbek/Moorburg einen städtebaulichen/verkehrsplanerischen Wettbewerb auszuloben,
2. im Falle eines positiven Wettbewerbsergebnisses, die erforderlichen planungsrechtlichen und bauorganisatorischen Schritte in Zusammenarbeit mit der DB Netz AG und der S-Bahn Hamburg zur Umsetzung einzuleiten,
3. der Bürgerschaft bis zum 30.03.2019 über den Fortgang zu berichten.